Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 85 (2010)
Heft: 11

Artikel: Die NATO unter Druck
Autor: Allemann, Peter
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-717494

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die NATO unter Druck

CIOR, die internationale Vereinigung der Reserveoffiziere, führt jährlich ein Seminar zu sicherheits- und militärpolitischen Fragen durch mit hochkarätigen Referenten im Rahmen der Konrad-Adenauer-Stiftung im Schloss Eichholz bei Köln.

HPTM PETER ALLEMANN, SOG-KOMMISSION INTERNATIONAL, BERICHTET AUS EICHHOLZ BEI KÖLN

Dieses Jahr nahmen rund 60 Offiziere aus NATO- und PfP-Staaten sowie weiteren Ländern an diesem Anlass und Meinungsaustausch teil. Er stand unter dem Titel «Die NATO in einer unsicheren Welt – Strategieänderung und Transformation».

Dabei ging es um eine Lagebeurteilung und den strategischen Konsequenzen daraus betreffend der Konfliktherde Afghanistan/Pakistan und Iran, der Piraterie vor der Küste Somalias, dem Verhältnis zu den Staaten des ehemaligen Jugoslawien und jenem zur militärischen Komponente der EU.

Mittelansatz umstritten

Die NATO befindet sich aktuell in einem Prozess der Strategieüberprüfung, wobei natürlich die Tagesaktualität mit den Einsätzen in Afghanistan und im Golf von Aden sowie die Spannungen mit Russland diesen Prozess stark beeinflussen und es auch schwierig machen, unter den Mitgliedsländern einen Konsens zu finden. Es sind sich alle einig, dass es einen umfassenden Ansatz braucht mit Verbindung von politischen, zivilen und militärischen Mitteln.

Dabei sind die Reihenfolge und der Mittelansatz der verschiedenen Instrumente oft umstritten und heute fehlen auch die finanziellen Mittel wegen der Bekämpfung der grössten Wirtschaftskrise nach dem Zweiten Weltkrieg. Dies kommt in dieser Strategiedebatte klar zum Ausdruck (globale Sicherheitsorganisation versus regionales Sicherheitsbündnis Europa/Nordamerika).

Antwort auf Bedrohungen

Die NATO-Länder werden im Jahre 2050 bei der aktuellen demographischen Entwicklung nur noch rund 10% der Weltbevölkerung ausmachen. Dazu kommt, dass einzig die USA, und auch das nur in sehr beschränktem Umfang, global militärisch agieren können und so ein Ungleichgewicht besteht, zumal es bei den europäischen Mitgliedern der NATO noch Länder gibt, welche die militärische Komponente der EU ausbauen wollen bis hin zur Vision einer europäischen Armee.

Im Einsatz gegen die Freibeuterei: Ein deutscher Matrose am Horn von Afrika.

Faktisch besteht die militärische Komponente der EU heute aber nur aus einem 200 Personen umfassenden Hauptquartier in Brüssel und den Verbänden des Eurokorps (schwergewichtig Verbände aus Deutschland und Frankreich) sowie den EU-Kampfgruppen (sog. Battle Groups in Bataillonsstärke), die aber in diversen Verwendungen stehen (national, NATO und EU) und somit nicht schnell verfügbar sind.

Die zentralen Themen in der aktuellen Strategiedebatte sind Afghanistan, der radikale islamistische Terrorismus, die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen (z.B. Iran und Nordkorea) und das Verhältnis zu Russland sowie China. Die Erweiterungsthematik wird zwar rhetorisch gepflegt, um den Selbstbestimmungsaspekt der NATO als Organisation hervorzuheben, in der Realität ist man aber sehr zurückhaltend gegenüber neuen Mitgliedern (z.B. Ukraine und Georgien).

Eine proaktivere Strategie verfolgt man gegenüber dem ehemaligen Jugoslawien: Slowenien und Kroatien sind schon Mitglieder, mit Serbien, trotz Kosovo, Montenegro und Mazedonien, wird eine enge Zusammenarbeit aufgebaut, nur mit den beiden Konfliktherden Bosnien und Kosovo sowie deren internationalen Aufsichtsstrukturen (bei Kosovo mit starkem NATO-, in Bosnien mit EU-Engagement) ist

der Annäherungsprozess politisch und militärisch blockiert.

Die neue russische Militärdoktrin ist klar auf die NATO als Hauptgegner fokussiert, was aus westlicher Perspektive erstaunen mag, weil die NATO selber nicht davon ausgeht, Russland zu bedrohen.

Bei China gilt ähnliches, wobei hier die NATO mit Sorge verfolgt, wie der Ausbau der chinesischen Interessen im Indischen Ozean und in Afrika vor allem aus der Motivation der Rohstoffversorgung konsequent vorangetrieben wird. Gleichzeitig wird die westliche Zusammenarbeit mit Taiwan von China stark kritisiert.

Der einzige Gegenpol zu dieser chinesischen Rohstoffsicherungsstrategie ist die US-Marine, welche über die Mittel verfügen würde, militärisch einzugreifen bzw. chinesischen Interessen entgegenzutreten. Gerade beim Thema Afghanistan ist es für die NATO und vor allem die USA aber sehr hilfreich, Russland und China einzubinden.

Dies gilt auch für den fragilen Nuklearstaat Pakistan. Ein Kollaps dieser Staaten bzw. eine Machtübernahme durch radikale islamistische Elemente wäre eine Gefahr für alle Beteiligten wegen der Verfügbarkeit von Nuklearwaffen in Pakistan und der erneuten Nutzung dieser Gegend durch den radikalen islamistischen Terrorismus.

Offene Fragen

Es gilt also, für diese Bedrohungen eine gemeinsame Strategie mit Russland und China zu finden, auch wenn man sich wie angesprochen in anderen Themenfeldern nicht einig ist und gegenteilige Interessen verfolgt. Dabei ist eine gemeinsame Haltung innerhalb der NATO sehr wichtig, selbst wenn es zwischen den USA und den europäischen Mitgliedern grosse Divergenzen zu strategischen Fragen gibt.

Dies zeigt sich sehr gut an den Konfliktherden Afghanistan/Pakistan und Iran. Afghanistan steht traditionell und historisch im Schnittpunkt vieler strategischer Interessen. Schon im 19. Jahrhundert sprach man ja vom sog. «Great Game» zwischen Russland und Grossbritannien.

Auch nach Jahren des wirtschaftlichen Wiederaufbaus seit 2001 und mit einer nach wie vor sehr prekären Sicherheitslage sowie Teilen des Landes, die von den Taliban kontrolliert werden, leben immer noch mehr als 50% der Bevölkerung unter der Armutsgrenze.

Man kann von einem gescheiterten Staat sprechen sowie von einer durch mehr als 30 Jahre permanenten Krieg kaputten Gesellschaft. Das Engagement der NATO wird noch sehr lange andauern müssen, wenn es nachhaltig sein soll. Zudem müssen Zielsetzungen formuliert werden.

Das Ziel «Nation Building» ist sehr hochgesteckt und kann sicher auch bei Betrachtung der kürzlichen Präsidentenwahlen als problematisch betrachtet werden, vor allem wenn man bedenkt, dass die NATO ab 2011 schon mit einem Truppenrückzug beginnen will.

Es geht realistischerweise in einem solchen Umfeld um die Verhinderung der erneuten Machtübernahme der Taliban und eine Verbesserung der Sicherheitssituation, damit auf dieser Basis mit genügend afghanischen Sicherheitskräften ein positiver wirtschaftlicher und politischer Prozess starten kann, der auf der Basis der afghanischen Traditionen nicht zu einer westlichen Demokratie führen wird.

Bei genauer Betrachtung der Resultate der Londoner Konferenz von Anfang 2010 stellt man fest, dass diese Analyse auch von der NATO selber gemacht wird und der militärischen Lagebeurteilung entspricht.

Über die Grenze

Zentral für einen Erfolg der NATO in Afghanistan ist die Stabilität von und Kooperation mit Pakistan im Zusammenhang mit den grenzüberschreitenden Aktivitäten der afghanischen Taliban in den Stammesgebieten sowie der Eindämmung der pakistanischen Taliban. Beide Organisationen kooperieren miteinander und haben auch Verbindungen zur Al Kaida.

Die NATO bzw. die wichtigen NATO-Länder müssen also politischen und wirtschaftlichen Druck auf Pakistan ausüben und gleichzeitig das Land unterstützen, damit es die eigenen Taliban konsequent bekämpft und die Unterstützung der afghanischen Taliban durch den pakistanischen Geheimdienst ISI einstellt.

Es gibt Anzeichen dafür, dass hier in den letzten Monaten in der militärischen und politischen Elite Pakistans ein Umdenken stattgefunden hat und man sich der eigenen Bedrohung durch diese Kräfte bewusst ist. Als zusätzlicher Faktor kommt hinzu, dass Pakistan eine Nuklearmacht ist und die Kontrolle über diese Waffen sichergestellt sein muss. Darum wird Pakistan von vielen Experten als gefährlichstes Land der ganzen Welt eingestuft.

Es ist wichtig für die NATO bzw. ihre wichtigen Mitgliedsländer, allen voran den USA, für eine solche Politik und Strategie gegenüber Pakistan und Afghanistan den Support von Russland, China und Indien sowie auch Saudi-Arabien zu gewinnen,

Archivbilder

Somalia: Die böse Fahne der Piraten.

weil diese sehr viel Einfluss haben auf diverse Kräfte in der Region und Indien dazu beitragen kann, dass sich Pakistan mehr auf die innere Bedrohung als auf seinen früheren Hauptfeind konzentrieren kann. Trotz vielen Problemen und offenen Fragen hat die NATO also gar keine Wahl, als weiter im afghanischen und pakistanischen Konfliktgebiet involviert zu bleiben.

Dabei ist neben militärischen und wirtschaftlichen Massnahmen zentral, das Vertrauen der lokalen Bevölkerung zu gewinnen, deren Lebensstandard zu verbessern, die Korruption zu bekämpfen und rechtsstaatliche Standards zu setzen, nicht aber die lokale Gesellschaftsordnung verändern zu wollen.

Vorgehen gegen Iran

Analog den Konflikten in Pakistan und Afghanistan spielt das Thema Iran eine Rolle für die NATO. Man ist dort aber nur «Zuschauer», denn nur einzelne Mitgliedsländer, allen voran die USA, Grossbritannien, Frankreich und Deutschland, sind zusammen mit der Internationalen Atom Energie Agentur der UNO sowie Russland und China in die Verhandlungen über die iranische Nuklearpolitik involviert.

Es gibt keine kohärente Strategie, weil Russland und China aus unterschiedlichen Motiven eine andere Politik verfolgen, obwohl auch sie neben den westlichen Staaten sowie den arabischen Nachbarn, Israel und der Türkei nicht an einem nuklear bewaffneten Iran interessiert sind. Dies würde nämlich gemäss allen gängigen Expertenmeinungen zu einem nuklearen Wettrüsten in der Region (z.B. Saudi-Arabien, Ägypten, Türkei) führen.

Parallel zu diesem aussenpolitischen Problem (internationale Dimension) für

Iran findet innerhalb der iranischen Machtelite und Teilen der Bevölkerung ein komplexer Machtkampf statt zwischen der geistlichen (islamische Dimension) und republikanischen (iranische bzw. nationale Dimension) Elite sowie zwischen Tradition und Moderne.

Spirituelles Zentrum

Die wichtigsten Spieler dabei sind die Geistlichkeit mit dem spirituellen Zentrum in Qom, die Anhänger von Ahmadinejad mit Support durch die ihm ergebenen Milizen (= paramilitärische Organisation mit Polizeiaufgaben), die Pasdaran (= Revolutionswächter; eine Art Spezialarmee, welche auch die Schiitenbewegungen im Ausland mit Waffen unterstützt und ausbildet), die traditionelle Kaufmann- und Händlerkaste in den städtischen Zentren und gewisse westlich gesinnte Elemente an den Hochschulen.

Unter all diesen Gruppen gibt es nur wenige Elemente, welche die Abschaffung der Islamischen Republik wollen.

Dies gilt selbst für die Anführer der sog. «grünen Welle» mit Verbindungen zu den Hochschulen, welche im Westen fälschlicherweise als Vertreter einer demokratischen Ordnung gesehen werden. Bei den kürzlichen Präsidentenwahlen geht man zwar allgemein davon aus, dass es Fälschungen gab, trotzdem wäre wahrscheinlich auch ohne dieselben der Amtsinhaber Ahmadinejad gewählt worden.

Permanentes Wechselspiel

Unabhängig davon gibt es den Machtkampf zwischen den genannten Einflussgruppen, der bisher aber offenbar in einem Nullsummenspiel endete und noch nicht zu einem neuen Machtgleichgewicht führte.

Experten gehen davon aus, dass gerade deshalb Ahmadinejad immer wieder die nukleare Option inkl. der verbalen Bedrohung Israels ins Spiel bringt. Er geht nämlich davon aus, dass dies zu einer Schliessung der eigenen Reihen führt und die grosse Mehrheit der Bevölkerung in solchen Momenten dann klar hinter ihm steht. Dabei nimmt er bewusst die weiter oben aufgezeigten Risiken in Kauf.

Provokativ könnte man sagen, dass ihm ein Luftschlag gegen die nuklearen Anlagen kurzfristig in sein Konzept zur Machterhaltung passen würde, wobei er gemäss Experten die daraus entstehende Eskalation inklusive der Folgeentwicklungen für die Schiiten im Irak und Libanon (Hisbollah) nicht mehr kontrollieren könnte.

Dieses permanente Wechselspiel mit harten und weichen Signalen gegen innen und aussen schafft nicht nur im Aus-, sondern auch im Inland Verwirrung und führt letztendlich nicht zur Lösung der grossen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Probleme mit der völligen Abhängigkeit von Öl- und Gas-Exporten.

Welche Szenarien bzw. Handlungsoptionen für die NATO bzw. die westlichen Staaten gibt es also? Grundsätzlich wird die Option eines Verbleibens von Ahmadinejad im Amt bis 2013 als gross erachtet.

Neue Wahlen sowie allgemein weitere offene Machtkämpfe könnten Chaos produzieren, woran aber keine der genannten Machtgruppen ein Interesse hat. Am ehesten wäre noch eine Machtübernahme in Form eines Militärputschs durch die Pasdaran in Absprache mit der Geistlichkeit denkbar. Wegen dieser Ausgangslage ist es fraglich, wie viel das aktuelle und allenfalls noch in naher Zukunft verschärfte Sanktionsregime bringt.

Von innen beeinflussen?

Wirklich massiven Einfluss hätte es nur, wenn man die Benzinlieferungen nach Iran stoppt – es hat zu wenig Raffineriekapazitäten – und gleichzeitig China und Russland voll am Sanktionsregime mitmachen bzw. Russland alle Waffenlieferungen stoppt. Eine Alternative dazu könnte sein, um die iranischen Machthaber zu unterlaufen, dass man volle Kooperation signalisiert und versucht, über wirtschaftliche Zusammenarbeit viele westliche Leute ins Land zu schleusen und so die Gesellschaft von innen her zu beeinflussen.

So würde Iran zu einem Emerging Market, denn das Land verfügt über Rohstoffe und eine sehr gut ausgebildete Bevölkerung. Dies sind Voraussetzungen, um eine wirtschaftliche Entwicklung und so auch politische Emanzipation zu starten. Ob eine solche Strategie aber realisierbar wäre, ist höchst fragwürdig.

Grundsätzlich sollte also als Richtschnur dienen, dass alle wichtigen Akteure (USA, Russland, China, Indien, EU, arabische Nachbarn, Türkei, Israel) kein Interesse an einem nuklearen Iran haben und dies den ganzen Nahen und Mittleren Osten militärisch und politisch massiv instabiler machen würden.

Wenn schon Sanktionen, sollten diese so gezielt wie möglich auf die Nuklearthematik fokussieren. Der volle Support von China und Russland im UNO-Rahmen ist unerlässlich, aber aktuell sehr unsicher. Der Indische Ozean ist eine zentrale Schaltstelle der Handelsautobahn für alle Güter und Rohstoffe in der globalisierten Welt. Darum sind sich alle Akteure darin einig, dass es hier ein grosses Mass an Sicherheit für den Handelsverkehr geben und gegen die zunehmende Piraterie klar vorgegangen werden muss. Neben der NATO und der EU sind auch viele andere Länder mit Kriegsschiffen vor Ort.

Gegen die Piraterie

Sogar Iran schickt Schiffe zur Sicherung dieser Seewege in den Indischen Ozean bzw. den Golf von Aden. Somalia ist wegen seiner fehlenden staatlichen Strukturen ein idealer Ausgangsort für Piratenakte, während frühere Gebiete wie zum Beispiel die Gebiete zwischen Indonesien und Malaysia sicherer geworden sind, unter anderem auch weil der Tsunami 2004 in Aceh die Piratenbasen vernichtete.

Gemäss den Experten ist die Aufspürung von möglichen Piraten heute technisch einfach, aber gemäss den geltenden Seegesetzen (zum Beispiel Montego-Bay-Abkommen von 1982 und entsprechende UNO-Resolutionen) darf nur bei einem wirklichen Angriff der Piraten gegen diese vorgegangen werden, was extrem schwierig ist.

Die Piraten können sich heute gut tarnen, haben sehr moderne und wirksame Kommunikationseinrichtungen und Waffen sowie klare und hierarchische Führungskanäle.

Staat existiert nicht

Da der Staat Somalia faktisch nicht existiert, entsteht als weiteres Problem die Situation, dass man gefasste Piraten nicht dort vor Gericht bringen und verurteilen, sondern diese nur bei Vorliegen ganz spezieller Bedingungen in Länder bringen kann, die von Gesetzes wegen solche Prozesse mit Verstössen gegen das internationale Seerecht ahnden können. Die Piraterie nützt also die bestehende rechtliche Situation geschickt zu ihren Gunsten aus.

Vor diesem Hintergrund kann man sagen, dass die aktuelle Patrouillentätigkeit zwar gut und nötig ist, aber alleine nicht genügen wird, um das Problem zu lösen bzw. besser zu kontrollieren.

Es braucht den direkten Geleitschutz von Schiffen durch militärische Einheiten – dies wäre für Schweizer Schiffe ja auch die Aufgabe des Armee-Aufklärungsdetachements 10 gewesen, wenn es zum Einsatz gekommen wäre – und vor allem auch mehr sogenannte Human Intelligence vor Ort, also auf dem somalischen Festland, um die

Am stärksten ist die Schweizer Armee derzeit im Kosovo engagiert. Ihre Infanteriepräsenz wird aber abgebaut.

Aktionen der Piraten bereits im Planungsstadium zu erkennen und wenn nötig präventiv zu bekämpfen.

Das Risiko von Landeinsätzen ist aber sehr hoch und die rechtliche Grundlage heikel. Bis jetzt haben vor allem die Franzosen, wenn unbedingt nötig, solche Einsätze mit teilweise grossem Erfolg durchgeführt. Neben diesen militärischen Massnahmen zur direkten Bekämpfung des Problems braucht es flankierend langfristige zivile Massnahmen zur Unterstützung Somalias, um aus diesem gescheiterten Staat wieder eine einigermassen funktionierende Gesellschaft zu machen.

Jetzt etwas tun

Dafür braucht es den vollen Support aller wichtigen afrikanischen Nachbarländer Somalias, die aber im anarchischen Somalia ihre eigenen Interessen verfolgen. Als weitere Massnahme muss die schwierige und entschlossenem Handeln entgegenstehende rechtliche Situation verbessert werden, um frühzeitig mit militärischen Mitteln eingreifen zu können.

Bis die Situation vor der Küste Somalias sich wirklich entspannen wird und die erwähnten Massnahmen greifen werden, werden noch Jahre vergehen.

Wichtig ist dabei, dass die wichtigen Mächte wie USA, Russland, Indien und China sowie NATO und EU eine gemeinsame Haltung entwickeln, was schwierig bleiben wird, wobei sicher einfacher als bei den erwähnten Konfliktfeldern Iran, Pakistan und Afghanistan.

Wie soll nun die Schweiz auf diese vielfältigen Bedrohungen reagieren und in welcher Form mit der NATO zusammenarbeiten? Auf diese Fragen sollte der neue Sicherheitspolitische Bericht eine klare Antwort geben, was wahrscheinlich nicht der Fall sein wird. Die Zusammenarbeit mit der NATO wird weiter über das Rahmendokument der Partnerschaft für den Frieden (sog. PfP; unterzeichnet 1996) geregelt.

UNO-Mandat zwingend

Dabei kann zwar sehr viel auf der praktischen Ebene gemacht werden, den grundsätzlichen sicherheits- und militärpolitischen Fragen geht man so aber aus dem Weg. Mit der EU ist man noch nicht einmal so weit und es gibt dort nur eine Ad-hoc-Zusammenarbeit, also nicht einmal ein Rahmenabkommen über die Teilnahme an durch die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) legitimierten Aktionen.

Diese haben fast immer ein UNO-Mandat, was für eine schweizerische Beteiligung an einer militärischen Aktion zwingend ist.

Mit beiden Organisationen, also NATO und EU, wäre es sinnvoll, rüstungspolitisch enger zu kooperieren, mehr Zivilpolizeieinsätze zu machen und ein Nachfolgeengagement für den KFOR-Einsatz zu definieren. In diesem könnte die Schweiz mit bewaffneten Truppen, Stabsoffizieren sowie allenfalls Militärbeobachtern und Zivilpolizisten eine Rolle spielen. Gerade in Afrika – dies würde auch den schweizerischen Eigeninteressen entsprechen (Link zur Flüchtlingspolitik) – könnte man zusammen mit den bereits etablierten zivilen friedens- und entwicklungspolitischen Aktivitäten eine wichtige Rolle spielen und ein sehr willkommener Partner der diversen EU-Missionen unter UNO-Mandat sein.

Zudem sind gerade in solchen Missionen die umfassenden Fähigkeiten der schweizerischen Milizarmee sehr wertvoll. Dafür würde es indessen ein klares Bekenntnis für den Armeeauftrag Friedensförderung brauchen.

Ressourcen nötig

Dieser sollte ein strukturbestimmendes Element der Armee werden und die nötigen Ressourcen erhalten. Im aktuellen politischen Klima ist das leider wenig wahrscheinlich, zumal sich nur wenige Politiker überhaupt für ein solches Thema einsetzen und politischen Druck erzeugen wollen. ✚

Peter Allemann, lic. phil. I / Bankdirektor, Planungsstab Armee / Milizstab (Astt 575), Mitglied SOG Kommission International / Vorstand KOG Zürich / Sicherheitspolitischer Expertenpool FDP Schweiz / Schweizerischer Expertenpool für Friedensförderung / Expertenkommission des Bundesrates für militärische Auslandeinsätze, ehemaliger UNO-Militärbeobachter